

Protokoll:

Die WGS-Fraktion äußert Bedenken hinsichtlich der Kürzung der Parkzeit, insbesondere mit Blick auf ältere und mobil eingeschränkte Menschen, und möchte die Beschlussvorlage aufgrund von Beratungsbedarf noch einmal in den Fachausschuss verweisen.

Die SPD-Fraktion befürwortet die Beschlussvorlage.

Die AfD-Fraktion meldet ebenfalls Beratungsbedarf an, bzw. kündigt im Falle einer Beschlussfassung ihre Ablehnung der Vorlage an, da sie für ältere Menschen und für den Einzelhandel negative Effekte haben würde.

Die FW-Fraktion bittet aufgrund von Anfragen durch Einzelhändler in der Schloßstraße darum zu prüfen, ob Kurzparkplätze in der Stegemannstraße oder der Friedrichstraße eingerichtet werden könnten. Sie meldet ebenfalls Beratungsbedarf an und kündigt andernfalls ihre Ablehnung der Vorlage an.

Baudezernent Prof. Dr. Lukas macht darauf aufmerksam, dass in einem Jahr in den Gremien über die Evaluierung der Maßnahmen gesprochen werde und dann noch einmal über Änderungen gesprochen werden könne.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen kündigt an, der Vorlage zuzustimmen, da eine gefährliche Kreuzungssituation hierdurch entzerrt werde.

Die FDP-Fraktion fordert die Einbeziehung der betroffenen Geschäftsleute in der Schloßstraße in die Beratungen und spricht sich für eine erneute Beratung aus. Ansonsten werde sie die Vorlage ablehnen.

Die CDU-Fraktion erläutert, dass die bereits bestehende Fußgängerzone um maximal 18 Meter erweitert werden solle, um die Konfliktsituation an der betreffenden Kreuzung zu entschärfen. Sie stimmt der Beschlussvorlage zu.

Oberbürgermeister Langner und die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen erklären, dass bereits Gespräche mit den Betroffenen stattgefunden hätten.

Der Antrag der WGS-Fraktion auf Vertagung wird zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich abgelehnt.

